



den nicht gutgläubig als bewiesen an, was ihm seine französische Presse aufzuzahlen habe. Es werden also dem untern wöchentlichen Verlaufe in der Champagnezahl von 288 752; später sogar auf 280 000 Verwundete, und ist nun fast in dem Gehalten, das sie von uns ermittelten englisch-französischen Verluste (mindestens 100 000 Mann) um mehr als 78 000 übersteigt. Die Champagnezahl (Verhältnis: 1 : 2,7), diese Verluste 78 000 Verwundete (Verhältnis: 1 : 2,7). Die letztere Ziffer, weil aus einer weit größeren Zahl von Fällen genommen, ist natürlich nach allen mathematischen Grundgesetzen für jede Durchschnitts- und Wahrscheinlichkeitsberechnung zuverlässiger als die eritere, weil der Fall um so mehr ausreicht, je größer die Zahl wird. Schon hierdurch müßte sich die im Journal de Guerre künstlich berechnete Zahl an Verwundeten als weitaus zu hoch herausstellen.

Die französische Verlesung hat sich so schwer gehütet, ihre eigenen Verlustzahlen herunterzusetzen, weil das französische Volk über die Durchbarkeit dieses Übermaßes erschrocken wurde. Aber die französische Südtageblatt in Neuvers hat seit dem 1. März bis zum 27. September 1915 die französischen Verluste auf 400 000 Tote und 700 000 Verwundete (ohne Gefangene) berechnet, das würde genau das Verhältnis zu 1,75 ergeben und mit den angeblich amtlichen Nachrichten der deutschen Presseleitung für die Champagnezahl auffällig übereinstimmen. Nun ist es sehr leicht möglich, daß nur in der Champagnezahl von 78 000 Tote und 100 000 Verwundete verloren haben, weil unsere Verluste vorzugsweise dem furchtbaren Geschützfeuer, die der Gegner dem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer sowie der blanken Waffe zuzuschreiben sind. Möglich ist auch, daß die Zahl unserer Toten vom Journal de Guerre zu hoch angegeben wird.

Am 1. März der Monatsblätter der angeblich deutschen Zahlen und Berichte angeblich zu erschüttern, hat Herr Fritz Heber die glatte Falschung hinzu; ein amtlicher Bericht, der auf das Geheiß einer Division eine Schlacht zurückführt, die mit einem Verluste von 280 000 Mann abblüht, ist ein verlogener Bericht („un communiqué mensonger“). In Wahrheit hat die deutsche Presseleitung (Verhältnis von 280 000 Tote und 400 000 Verwundete) in der Champagne von Reims bis zu den Argonnen (50 Kilometer) schwere Kämpfe stattgefunden hätten, und daß auf jedem der beiden Schlachtfelder je eine Division aus ihren Stellungen erlitten sei, während es an vielen anderen Stellen zu erbitterten Schlachten gekommen sei. Ein Bericht, der die Verluste der deutschen Armee auf 280 000 Tote und 400 000 Verwundete ansetzt, ist, so es Herr Fritz Heber behauptet, daß unsere Gegner zu solchen Wirteln geblieben müssen, ist sicher kein Beweis von überlegener Kraft.

**Kranke Verluste.** Aus Paris wird der Frank. Zig. gemeldet: Die französische Regierung hat sich, wie der Sigardienfalls, immer noch nicht entschlossen, eine Liste der Gefallenen zu veröffentlichen. Sie hat jedoch wegen der Verletzung von Witwen- und Waisenspenden und Regelung des Nachlasses die Subkommission der Kammer über die Verluste der Armee unterrichten müssen. Die Kommission hat sich nicht für berechtigt gehalten, die Verlustlisten in der Armee wiederzugeben, aber die Witwen- und Waisenspenden, die an Deutschland nicht zu wünschenswert übrig lassen. Im Kriegsministerium besteht eine Abteilung zur Regelung des Nachlasses von Militärfamilien. Das Personal dieser Abteilung ist im Laufe des Jahres 1915 von 70 auf 944 Köpfe erhöht worden. Die im Kriegsministerium befindliche Ausschussstelle für die Angehörigen von Soldaten zählt 115 Angehörige. Die Zahl der Angehörigen des überlebenden Familienverwandtschaft sind im Frieden 7000 betrug, ist jetzt 120 bis 150 mal größer geworden. Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß die Zahl der Kriegswaisen über eine Million beträgt. Die Zahl der auf Witwen- und Waisenspenden bezüglichen Personalisten im Kriegsministerium übersteigt 1800 000.

### Politische Uebersicht.

**Konfervativer Vorstoß gegen die Regierung.** Die Fronte im Verrennhaufe — so überschreibt das Berliner Tagblatt seinen Aufsatz über die geltend von uns berichteten Schritte der unruhigsten Konservativen im Verrennhaufe gegen eine Reform des preussischen Klassenwahlrechts. Da wir selbst nicht in der Lage sind, diese behauptungen und sehr bestimmten Vorwürfe gebührend vom sozialdemokratischen Standpunkte aus würdigen zu können, müssen wir uns mit der Widergabe der ausgefallenen Urteile der Preussenspreß bescheiden. Das sagt also:

**Die Fronte im Verrennhaufe.** In völlig übersehender Weise hat die konservativ-fraktion des Verrennhaufe die Gelegenheit benutzt, um bei der formellen Beratung über das Reichsgesetz einen Streit über die Wahlreform vom Jaun zu brechen und der Regierung wegen der bekannten Antipathie in der Thronrede eine Rüge zu erteilen. Es handelt sich dabei nicht um den Inhalt des Gesetzes, sondern um die Form der Ausführung, die nach der langen Kriegszeit begangen worden ist, und das Borgehen der führenden Mitglieder des preussischen Herrenhauses wird dadurch nur verschlimmert, daß sie sich selbst als Hüter des Bürgerrechts aufspielen zu sollen glauben. Schon die Rede, die der konservativ-fraktion führender Redner v. Denderbium am Montag im Abgeordnetenhaus gegen die sachliche Änderungen der Wahlrechtsreform hielt, hat wegen ihrer Vermischung des Dreiklassenwahlrechts und wegen ihrer Ablehnung der Volkswahlreform in den meisten Kreisen höchst unangenehm berührt. Aber selbst diese Rede ist noch ein Kinderspiel gegen die scharfen Worte der konservativen Verrennhaufmitglieder. Herr von Radowitz-Dammsdorf macht der Regierung kein, sich mit dieser wurde darüber, daß sie auf das Absicht im Hinblick verachtet und die Wahlreform zur Erweiterung gestellt habe. Aufeinander hätte er mit seinen Freunden nichts dagegen gehabt, wenn es umschiefen wäre, wenn also die preussische Regierung während des Krieges noch hat an die Wünsche des Volkes zu denken, die Regierung kein, sich mit dieser beizugehen vermüßigt hat. Was die konservativ-fraktion begehrt, das ist ein direkter Vorstoß gegen die Regierung. Aber wird vorgeworfen, daß sie die Wahlrechtsfrage ohne Zweck und Nutzen angeht und den Zeitpunkt für ihre Ausdehnung nicht wohl gewählt habe. So wird es auch die Ansicht der Regierung sein, sich mit dieser beizugehen vermüßigt hat. Dieser Vorstoß kann je nach dem Stande nicht entscheiden, wenn im Volk nicht der Gehalt fortwähren soll, daß wir letzten Endes nicht von den Ministern des Königs, sondern von einer privilegierten Minderheit regiert werden.“

**Die neue Reichstagsfraktion.** die sich hochtendend „Deutsche Fraktion“ nennt, findet freizeits den Beifall der rechtskonservativen Presse. Auch die Germania meint, daß der Konservativen sich noch mit der Anerkennung einer Fraktion zu befassen haben wird, die sich nicht einmal auf ein stimmiges Programm beschränkt hat. Die Opposition zwischen dem Antimilitaristen Bruns und den Bräunern Kolowrat sind auch in der Tat recht erheblich. Der Parlamentarismus hat für die neue Ordnung bereits einen Namen geprägt: Fraktion Relaffe.

### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Die „Gewärtigung von Ansehen“ bei der Errichtung von Neubauwerken fordert die Regierung vom Landtage den Betrag von 100 Millionen Mark, die auf dem Anleihenwege beschafft werden sollen. Es handelt sich um die Anleihen von Kriegsanleihen. In der Begründung heißt es, daß deren Anleihen, sei es in rein landwirtschaftlichen Verhältnissen, sei es in ortsnaheliegenden Betrieben in der nächsten Umgebung der Städte, einer der geeigneten Maßnahmen ist, um ihre verminderte Arbeitsfähigkeit für die Zeit wie die Allgemeinheit nutzbringend zu verwenden. Die Errichtung der Neubauwerke am besten der Zurückführung und der Vermehrung der landlichen Bevölkerung in den vom Feinde verwüsteten Teilen der Provinz Ostpreußen. Weiter erludt die Regierung den Landtag um Genehmigung einer neuen Verordnung über das Wiederbaubau der durch den Krieg zerstörten Erbschaften der Provinz Ostpreußen. Die neue Verordnung hebt die frühere Verordnung auf, an ihre Stelle soll das Anleihengesetz mit einigen Änderungen treten. Am wesentlichen läuft die neue Verordnung darauf hinaus, daß in den kriegsbeschädigten Ortsteilen der Provinz Ostpreußen die Erbschaften, und zwar in Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern unter Zustimmung des Provinzialrates, in kleineren Gemeinden mit Zustimmung des Kreisaußenbüros die Verfügung erteilt werden soll, für einzelne Teile des Gemeindebezirks aus Gründen des öffentlichen Wohls zur zurechtweisung der Erbschaften von Baugrundstücken sowie zur Erhebung von Pauschalzinsen die Umlegung von Grundstücken verschiedener Eigentümer zu betreiben.

### Verbesserung der Kriegsfrüorge.

In der Reichstagsdeputation der sächsischen Zweiten Kammer haben die sozialdemokratischen Vertreter zu ihrem Antrage nach Verbesserung der Kriegsfrüorge eine Reihe bestimmter Vorschläge gemacht. Sie verlangen ein gesetzliches Recht zur Sicherung der Verbrauchsausbeute, Einrichtung von Vorkontrollstellen für technische Arbeiter und Beamte, Aufhebung der öffentlichen Arbeitsämter für die Kriegsfrüorge, Hebung der Kosten auf das Reich, für alle in Betracht kommenden Einrichtungen. Wir fordern weiter eine Statistik über die Zahl und Art der Verletzungen, sowie über die Erfolge der Heilbehandlung.

Die Anleihen der Kriegsberlechten besteht ein Antrag der Nationalliberalen im preussischen Landtag. Die Regierung wird erludt, vorbereitende Maßnahmen zu treffen, damit der nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges besonders notwendige Ausbau der inneren Kolonisation auch durch die Anleihen von Kriegsberlechten wirksam gefördert wird.

Die Siedelungsgesellschaft m. b. H. ist in der Provinz Westfalen im Entstehen begriffen. Gesellschaften sollen sein der Stadt, die Provinz, die Gemeinden, die Landesversicherungsanstalt und ferner industrielle Vereinigungen und auch Privatpersonen. Der Plan geht von dem Oberpräsidenten aus, und es ist beabsichtigt, auch Wohnstätten für Handwerker, Kleingewerbetreibende und Bauernstellen zu errichten. Zu der Stammeinlage von vier Millionen Mark soll der Staat die Hälfte beitragen, die andere Hälfte würden die Provinz und die sonstigen Beteiligten zu übernehmen haben. Der Provinziallandtag soll sich in seiner nächsten Sitzung mit der Sache beschäftigen.

Ein Ausschuss des Berliner Stadtbürgerinnenkollegiums hat die ihm zur Vorbereitung überziesene Vorlage über die Beschäftigung von 300 000 M. für die freie Mittagsspeisung bedürftiger Gemeindefamilien angenommen.

### Die englische Dienstpflicht.

London, 18. Januar. Bei der Verhandlung über den Zusatz zum Militärartikel, durch den das Gesetz auf alle Männer ausgedehnt werden soll, die nach dem 15. August 1915 in das Nationalregister eingetragen wurden und über 18 Jahre alt sind, sagte der Präsident des Local Government Board, Lord Aldrich, in der Sitzung, er habe diesen Zusatz für unermüßigt. Aldrich hoffte, daß das Gesetz vom Hause unverändert angenommen würde. Die Männer, die durch die Annahme des Gesetzes verfügbar würden, zusammen mit denen, die bereits angemeldet hätten, würden es ihm ermöglichen, die Kräfte aufzustellen, die das Land brauche, um einen baldigen Sieg zu sichern. Der Zusatz wurde hierauf abgelehnt.

Die Regierung nahm einen Zusatz an, der der Admiralität den ersten Anspruch auf die unter dem Gesetz rekrutierten Männer gibt. Mr. Ramsay erklärte, daß 20 000 Mann mehr bei der Flotte Dienst genommen haben, als die Admiralität ermächtigt war, aufzunehmen. Er beantragte, die Mannschaften für die Flotte auf 350 000 Mann zu erhöhen.

### Aus der Arbeit.

#### Sitzung des Internationalen Bureau's

Paris, 20. Januar. (S. I. S.) Die Vertreter der russischen Sozialdemokraten sind der Geschäftsleiter des Organs der sozialdemokratischen Partei und der Sekretär der Partei nach dem Haag abgereist, um an der ersten Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureau's teilzunehmen, in welcher die sozialdemokratischen Parteien aller kriegsführenden Länder vertreten sein werden.

#### Stellungnahme der Organisationen.

Eine Kristallener; Vorstand, Dittschsitzer und die Mitglieder sämtlicher Kommissionen des Reichstagswahlkreises Waidenburg (Schlesien) nahmen nach einem Vortrage des Abgeordneten des Kreises, Gnomon Sasse, folgende Erklärung ab: Die Kristallener des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Waidenburg erklärt sich mit der Haltung der Partei in der Fraktion einverstanden. Die Konferenz ist in der Richtung der Ansicht, daß die Motive, die die Zustimmung zu den Kriegsgesetzen am 4. August 1914 veranlassen, auch gegenwärtig noch gegeben sind; es wird deshalb erwartet, daß diese Politik beibehalten wird. Die Organisation erwarten, daß die Fraktion im nächsten Reichstagsantrag energisch entgegentritt und alles tut, was geeignet ist, ohne die Interessen Deutschlands und seiner Arbeiterklasse zu schädigen, den Frieden beizubehalten. In den Fragen der Volksernährung des Belagerungslandes und vor allem auch in der Handhabung der Jente, die in ihrer Willkür geübt wird, ist die Fraktion im nächsten Reichstagsantrag energisch entgegenzutreten. Die Sozialdemokratie der 20 Genossen im Reichstage wird von der Konferenz auf die höchste behauptet und auf die Höhe verurteilt. Die Konferenz erludt in dem Verhältnisse dieser Genossen eine Parteiführung und darüber hinaus eine Selbstregierung der deutschen Arbeiter, die durch die Tätigkeit dieser Genossen vor Reichstagsarbeiten geliefert werden, durch die sie gestärkt wird. Da ein Parteitag jetzt unmöglich ist, so muß den Parteipersonen: Parteivorstand, Parteiausführung und Fraktion bis zum Parteitag ein weitergehendes Selbstvertrauen zugetraut werden. Die Fraktion wird beauftragt, die Interessen der Partei und der Genossen und Genossinnen im Reichstag zu vertreten, das sie wie bisher auch in Zukunft alles anstreben parteiüberrindenden Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten mit aller Energie entgegenzutreten.“

Die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei Oltendburg (Sachsen) erklärt sich mit der Haltung der Partei in der Fraktion einverstanden. Die Konferenz erludt in dem Verhältnisse dieser Genossen eine Parteiführung und darüber hinaus eine Selbstregierung der deutschen Arbeiter, die durch die Tätigkeit dieser Genossen vor Reichstagsarbeiten geliefert werden, durch die sie gestärkt wird. Da ein Parteitag jetzt unmöglich ist, so muß den Parteipersonen: Parteivorstand, Parteiausführung und Fraktion bis zum Parteitag ein weitergehendes Selbstvertrauen zugetraut werden. Die Fraktion wird beauftragt, die Interessen der Partei und der Genossen und Genossinnen im Reichstag zu vertreten, das sie wie bisher auch in Zukunft alles anstreben parteiüberrindenden Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten mit aller Energie entgegenzutreten.“

Der Zentralvorstand der Provinz Brandenburg nahm am 16. Januar 1916 Stellung zu der Generalaktion der 20 Genossen, sowie dem Haltung des Vornamts verteilten Beschlüsse des Parteiausführung, sowie zu der Behauptung der preussischen Landeskommission, die in der Aufhebung der Landesfraktion gipfelte, die Politik des 4. August aufrecht zu erhalten und nicht zu tun, was die Politik der Reichstagsfraktion durchzuführen könnte. Dem Beschlüsse des Parteiausführung, sowie der preussischen Landeskommission, wurde einstimmig zugestimmt und beschlossen. Der Zentralvorstand erludt die Fraktion, die Redaktion des Vornamts, die trotz einer von der Berliner Parteikommission als gerechtfertigt anerkannten Beschwerde die Entlassung des Parteiausführung aus der Generalaktion bis heute noch nicht getraut hat und sich dadurch trennungswillig zwischen der Fraktion und Parteiausführung, sowie die Beschlüsse der Reichstagsfraktion zu unterstützen. Dem Parteiausführung wird die weitere Verfolgung dieser Angelegenheit übertragen.

Eine von 70 Vorstandsmitgliedern und Parteifunktionären besuchte Konferenz des Reichstagswahlkreises Meckl. L. 2. nahm folgende Resolution einstimmig an: „Die Konferenz verurteilt jeden Versuch, die Parteifunktionäre der Reichstagsfraktion in einen solchen Verstand nicht in dem Vorgehen der Parteiarbeit zu erbilden. Sie erklärt sich mit der Haltung ihrer Parteimitglieder im Reichstage, Genossen W. M. einverstanden und stimmt der Ablehnung der Kriegsfrüorge auf im Hinblick auf die offene Anerkennung der Kriegsfrüorge am 1. September im Reichstage, daß die Anleihen der Kriegsfrüorge bilden. Die Konferenz kann weder dem Parteiausführung noch der Reichstagsfraktion das Recht ausreden, in den vorliegenden Differenzen eine Entscheidung zu treffen und etwa die Widerbeit von der Fraktion auszusprechen. Die Entscheidung über die Kriegsfrüorge, die die Fraktion an dem 1. September im Reichstage zum Ausdruck bringen, ist die Entscheidung der Konferenz, daß die Fraktion wie früher, so auch jetzt diejenigen Steuern ablehnt, die die Erhaltung der armenen Klassen herabdrückt oder die Erwerbsverhältnisse verschlechtert.“

### Einmütige Auffassung über die erreichte Sicherung.

In seiner 1. Sitzung des Korrespondenzabteilung der Generalfraktion der Gewerkschaften in einem besonderen Artikel Stellung zur Fraktionsabstimmung im Reichstage am 21. Dezember, wobei es über die Erklärung der Fraktionsabstimmung u. a. folgende Bemerkung macht:

Die Behauptung der Widerbeitserklärung, daß unsere Fraktion sich nicht entschlossen hat, die Kriegsfrüorge zu ablehnen, ist ein Verstand nicht in dem Vorgehen der Parteiarbeit zu erbilden. Sie erklärt sich mit der Haltung ihrer Parteimitglieder im Reichstage, Genossen W. M. einverstanden und stimmt der Ablehnung der Kriegsfrüorge auf im Hinblick auf die offene Anerkennung der Kriegsfrüorge am 1. September im Reichstage, daß die Anleihen der Kriegsfrüorge bilden. Die Konferenz kann weder dem Parteiausführung noch der Reichstagsfraktion das Recht ausreden, in den vorliegenden Differenzen eine Entscheidung zu treffen und etwa die Widerbeit von der Fraktion auszusprechen. Die Entscheidung über die Kriegsfrüorge, die die Fraktion an dem 1. September im Reichstage zum Ausdruck bringen, ist die Entscheidung der Konferenz, daß die Fraktion wie früher, so auch jetzt diejenigen Steuern ablehnt, die die Erhaltung der armenen Klassen herabdrückt oder die Erwerbsverhältnisse verschlechtert.“

Das Organ der Generalfraktion der Gewerkschaften steht ja bestimmt auf dem Boden der Politik der Fraktionsmehrheit. Nun führte über das Ziel der Sicherung der Fraktionsmehrheit, die die Fraktion der Reichstagsabstimmung, Genosse Scheide mann, bei der Begründung der sozialdemokratischen Fraktionsinterpellation am 9. Dezember 1915 laut demselben Korrespondenzartikel (S. 31 vom 15. Dezember 1915) aus:

„Die Fraktion der Gewerkschaften ist einmütig der Ansicht, daß die Kriegsfrüorge ein Verstand nicht in dem Vorgehen der Parteiarbeit zu erbilden. Sie erklärt sich mit der Haltung ihrer Parteimitglieder im Reichstage, Genossen W. M. einverstanden und stimmt der Ablehnung der Kriegsfrüorge auf im Hinblick auf die offene Anerkennung der Kriegsfrüorge am 1. September im Reichstage, daß die Anleihen der Kriegsfrüorge bilden. Die Konferenz kann weder dem Parteiausführung noch der Reichstagsfraktion das Recht ausreden, in den vorliegenden Differenzen eine Entscheidung zu treffen und etwa die Widerbeit von der Fraktion auszusprechen. Die Entscheidung über die Kriegsfrüorge, die die Fraktion an dem 1. September im Reichstage zum Ausdruck bringen, ist die Entscheidung der Konferenz, daß die Fraktion wie früher, so auch jetzt diejenigen Steuern ablehnt, die die Erhaltung der armenen Klassen herabdrückt oder die Erwerbsverhältnisse verschlechtert.“

Die Behauptung der Fraktionsminderheit über die Sicherung der Grenzen bedarf sich jedoch völlig mit den entsprechenden Ausführungen des Genossen Scheide mann, die das Organ der Generalfraktion der Gewerkschaften am 18. Dezember 1915 keineswegs angeht. Am 1. Januar 1916 findet es aber die fast gleichzeitige Abgabe der Widerbeitserklärung „geradezu beschämend naiv.“

### Eine Rundfrage über den Parteistreit.

Die Bremer Bürgerzeitung berichtet: Zu den Parteimitgliedern der Fraktion wurden in der nächsten wiederkehrenden Besessung Stellung genommen. Es erging ein Rundfragebogen folgenden Inhalts an die Genossen:

„Beantworten Sie die folgende Resolution der Bremer Bürgerzeitung, welche die Kriegsfrüorge ablehnt. Die andere Haltung der Parteimitglieder in Bremen, die auf dem Standpunkt der Widerbeit unterer Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes steht, hat nur vor wenigen Tagen ein eigenes Hochblatt, die „Bremer Bürgerzeitung“ gegründet. Dieses Blatt stellt sich dem „Aufbau“ der Partei aufzunehmen gegen die entgegenstehende Richtung innerhalb der Partei, also auch gegen die „Bremer Bürgerzeitung“. Angeht die Frage, ob Sie sich dem wünschenswert, den Parteimitgliedern des Dittschsitzer Kreises Gelegenheit zu geben, sich einmütig für diese oder jene Richtung zu erklären, oder einfacher nur diesen Kreisen einen solchen Vorstoß zu erlauben, und es kann ein jeder seinen Namen in die Rundfrage, welche ihm zugeht.“

I. Wir begrüßen die Haltung der 20 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, welche gegen die Kriegsfrüorge Stellung genommen haben. Wir begrüßen auch, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ zum Ausdruck ihrer politischen Haltung angenommen hat, welche das Interesse der arbeitenden Bevölkerung erhöht und verteilte deshalb den wünschenswertesten Hebel durch die Leute von der „Bremer Bürgerzeitung“.

II. Wir begrüßen das Verhalten der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, welche das Parteivorstandes, was es in der „Bremer Bürgerzeitung“ zum Ausdruck ihrer politischen Haltung angenommen hat, welche das Interesse der arbeitenden Bevölkerung erhöht und verteilte deshalb den wünschenswertesten Hebel durch die Leute von der „Bremer Bürgerzeitung“.



# Walhalla-Theater

Anfang 8<sup>30</sup> Uhr.  
**Monte, Donnerstag, zum 7. Male:**  
**„Der müde Theodor“**  
 Schwanke in 3 Akten von Max Neul und Max Forner  
 (Verfasser von Infanterist Pfäzme).  
**Blatzheim, der Meister des 4445  
 Kölner Humors, in der Titelrolle.**

**Neue Kapelle!** **Neue Kapelle!**  
 Ecke **Konzerthaus Oberpollinger.** Jägergasse 1.  
 Or. Ulrichstr. **Täglich Künstler-Konzert**, ausgeführt von  
 erstklassiges **Künstler-Konzert**, Damen u. 1 Herrn,  
 unter Leitung der Geigen-Virtuosin **Franklin Cornach.**  
 Um regen Zuspruch bitten **Richard Beth-Winter,**  
**Neue Kapelle!** 4287 **surzeit auf Heimatsurlaub.**

## Erstlings-Ausstattungen.

Vollständige und gediegene Verarbeitung  
 in einfacher sowie eleganter Ausführung.  
**Brummer & Benjamin,**  
 Grosse Ulrichstrasse 23/24. 4448

## „Nordsee“

Große Ulrichstraße 58,  
 Telephone: 1274 und 1275.

empfiehlt zum Freitag:

<b>Goldbarsch</b> ohne Kopf	<b>Seelachs</b> ohne Kopf
<b>Kabeljau</b> ohne Kopf	<b>Hellbutt</b> 2-4 pfündig,
<b>Kilppfisch</b>	getrockneter . . . <b>8 60</b>
	gepökelter . . . <b>8 45</b>

Neue Kriegs-Rohrrezepte für **Kilppfisch** und **frische  
 Geflügel gratis!**

**Feinke Norw. Fischlöche** Dose 165  
 Dose enthält 12 Stück große Löche, welche in einer pikanten  
 Sardellen- oder Capersauce aufgedünnt werden.  
 Ferner feine **Räucherwaren:**

<b>N. Matreihäcklinge</b>	Stück	<b>35</b>
<b>Feinke fette Kieler Schleihäcklinge</b>	Stück	<b>20</b>
<b>Götte Kieler Sprotten</b>	1/4	<b>45</b>
<b>Göttefisch in Olee</b>	1 Dose	<b>70</b>

**Hies. Küchenricht. Spiegel**  
 u. Sch. gr. etc. **Waherl.**  
 Schreib. 15 Stk. **St. M. u. M.**  
 bis **Schäfersb. 10. Stb. 1442**

Dieser Kragen  
 kostet 88 Pfg.  
 erspart Wasch- und  
 Plättkosten. (4318)  
**Baumwollene**  
**Marko Waschbar**  
**Kl. Berlin 2, I.**

### Abfallseife

Pfund nur 35 Pfg.  
 5 Pfund 1,65 Mk.  
**Der Seifengeschäft**  
 4452 Niemeyerstr. 11.

## Bekanntmachung.

Durch Bekanntmachung vom 20. 1. 16 —  
 Nr. Bst. I. 308/12. 15. KRA habe ich eine  
 Bekanntmachung, betreffend Bestandserhebung  
 und Lagerbuchführung von **Drogen** und **Er-  
 zeugnissen aus Drogen**, erlassen. Die  
 Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen  
 und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.  
 Magdeburg, den 20. Januar 1916.

**Der Neübertretende Kommandierende General  
 des IV. Armeekorps:**  
**Fehr. v. Lyncker,** 4608  
 General der Infanterie,  
 à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

## Bekanntmachung

über den **Höchstpreis für Leberwurst.**

Zu unserer Bekanntmachung über Höchstpreis für frisches Schweine-  
 fleisch und Würstchen vom 10. Dezember 1915, wird erklärend  
 mitgeteilt, daß der Höchstpreis von 1,80 Mk. nicht nur für gewöhn-  
 liche frische Leberwurst und frische Blutwurst, sondern auch für  
 Leberwurst mit Sardelzugsaug (sogen. Sardel-Leberwurst) und  
 für geräucherter Leberwurst und Blutwurst gilt.  
 Halle a. d. S., den 19. Januar 1916.  
**F. Der Magistrat, Preisprüfungsstelle.**

# Astoria- Lichtspielhaus



Vom 21. bis  
27. Januar.

# Passage- Theater

## Der Geheim- sekretär

Das dritte Abenteuer des  
**Meisterdetektivs Joe Deeb.**

Verblüffende Jagd auf eine Verbrecher-  
 bande und deren Verhaftung.  
**Fesselnde Darstellung in vier Akten.**

## Henny Porten

in der Hauptrolle des  
 farnosen dreiaktigen Schwanks

*Auf der Alm da gibts Ka Sünd*



## Amerikan-Theater

Ab Freitag den 21. er.:

### !!! Die schwarze Familie !!!

Ein gewaltiges Artisten-Drama  
 in 5 Akten.

Grosse Jugend-Vorstellung: „Der Spatz“. Ein zu Herzen gehendes Drama i. 4 Akten.  
 Anfang: An Wochentagen 4 Uhr, an Sonntagen 3 Uhr nachmittags. 4441

### Stadt-Theater Halle

Direktion: **Leopold Sachse.**  
 Semml 1181.

Freitag den 21. Januar 1916  
**142. Vorstellung.** 1  
 Freitag-Stammkarten gültig.

### Undine.

Romanthische Zauberoper  
 in 4 Aufzügen von F. Döring.  
 Sonnabend, 22. Januar 1916  
**143. Vorstellung.** 1  
 Schülerkarten 1,30 Mk. (einschließl.  
 Müb. Kartensteuer u. Kleiberb.)  
 an der Loge- und Nebenkasse.

### Medea.

Trauerpiel in 4 Aufzügen  
 von Franz Grillparzer.

## Eröffnung der Sonnen-Drogerie.

Hiermit erlaube ich mir die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich  
 die von Herrn Apotheker Höfer gegründete **Drogen-Handlung** käuflich  
 erworben habe, und nach teilweiser Erneuerung und Neubenennung am  
 heutigen Tage eröffne.

Ich bitte, mich in meinem Unternehmen durch recht vielseitige Be-  
 nutzung meines Geschäftes zu unterstützen; meine sehr geschätzte Kundschaft  
 wird beste Warenqualitäten vorfinden, und stets schnell, sachgemäß und höf-  
 lich bedient werden.

Halle a. d. S.; den 20. Januar 1916. 4442

Hochachtungsvoll **H. Blume, Sonnen-Drogerie,**  
 Parfümerie, Photo-Handlung.  
**Geiststr. 59 u. 60, neben Gasthof „Zur Weintraube“.**

Telephon 2056.

## Zöpfe Auswahl Zöpfe

Stück von 2 Mk. an  
 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12 bis 20 M.  
 bis über 1 Meter lang.

Größtes Spezial-Haargeschäft. Versand nach Einsendung einer Haarprobe.

### Kopf-Wäsche 80 P.

mit Teerseife und Frisur

### Zopf-Siebert,

nur Leipzigstrasse 33 u. 79 I. 441  
 Telephon 3159.

## Bolts- Kalender 1916.

(Motto: „Der Arbeit ist Recht.“)  
 Solange der Vorrat reicht.  
 Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch die  
**Volksbuchhandlung,**  
 Halle a. d. S., Bars 42/44.

**Achtung, Hausfrauen!**  
 Table für vollene Strumpfahle  
**höchste Tagespreise,**  
 (rote I. Lumpen, Metalle, Knochen  
 und Gier) 25 Pf. Freil.; hole  
 auf Wunsch auch selber ab. 4981  
**Paul Günther, Taubenstr. 3,  
 Döl hinter links.**

Freitag 4283  
**Schlachteh.:**  
**Fr. Peters,**  
 Blumenhallastr. 27.

Empfehle mich höchlich für  
**alle Buchbinder-Arbeiten.**  
**Max Morgner, Halle (Saale),  
 Biederstr. 10, Buchbinderstr.  
 4410 Trippstr. 20, Teleph. 3307.**

Allen Freunden und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß  
 heute früh 5<sup>1/2</sup> Uhr im Diakonissenhaus unsere innigstgeliebte,  
 treuherzige Mutter, Schwieger- und Großmutter

### Berta Lehmann geb. Heinich,

im 69. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

### Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend den 22. Januar nach-  
 mittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Trosther Friedhofes  
 aus statt. 4443



